

FRANKREICH

## Sarkozys langes Schweigen

Mit der Affäre um Schmiergeldzahlungen des französischen Metallarbeitgeberverbandes UIMM wird nun auch der Name von Staatspräsident Nicolas Sarkozy verknüpft. Der hatte – damals noch Finanzminister – seit 2004 anscheinend Kenntnis von den dubiosen Geschäften und schwarzen Kassen der UIMM. Von den Konten des Metallverbands waren vom Jahr 2000 an knapp 20 Millionen Euro in bar abgehoben worden. Zumindest mit einem Teil wurden laut jetzigem Ermittlungsstand Gewerkschafter bestochen. Kofferweise soll der gerade zurückgetretene Verbandschef Denis Gautier-Sauvagnac über Jahre hinweg das Geld aus der Bank getragen haben – mal in Tranchen von 700 000 Euro, mal waren es nur 300 000, so im Mai 2004. Zu genau diesem Zeitpunkt wurde die Anti-Geldwäsche-Behörde Tracfin auf die dubiosen Abhebungen aufmerksam. Wenige Tage später informierte sie mündlich Sarkozys Finanzministerium. Im September folgte eine erste

schriftliche Mitteilung an den Minister mit der Bitte, den Fall an die Justiz übergeben zu dürfen. Wenige Wochen später jedoch erhielt die Behörde das Schreiben mit einer handschriftlichen Notiz zurück, die Angelegenheit erst einmal nicht weiterzuverfolgen. Mittlerweile ermitteln die Pariser Staatsanwaltschaft und die Finanzbrigade. Das Elysée verweigerte jeden Kommentar zu den Enthüllungen, ein Dementi aber gab es auch nicht.



Sarkozy

JENS SCHICKE

ARMENIEN

## Moskaus Freunde in Bedrängnis

Die ärmste der drei Kaukasus-Republiken könnte nach der Präsidentschaftswahl im Februar vor einem Machtwechsel stehen. Oppositionsführer Lewon Ter-Petrosjan ist angetreten, die Führungsriege um Amtsinhaber Robert Kotscharjan abzulösen; er hatte das höchste Staatsamt bereits von 1991 bis 1998 inne. Jetzt profiliert er sich als Kämpfer gegen Korruption und Vetternwirtschaft. Kotscharjan habe ein „kriminelles Regime“ errichtet, das nach den „Regeln der Unterwelt“ funktioniere, so Ter-Petrosjan. Die Clique um das Staatsoberhaupt repräsentiert den sogenannten Karabach-Clan, eine Gruppe zwielichtiger Politiker aus der Provinz Berg-Karabach. Das Gebiet war früher Teil der Nachbarrepublik Aserbaidschan und wird seit einem Krieg um seine Unabhängigkeit Anfang der neun-

ziger Jahre von Armenien kontrolliert. Ter-Petrosjan, ein rhetorisch begabter Literaturwissenschaftler, kommt vor allem bei gebildeten Städtern gut an. Unter dem Beifall Tausender Anhänger kündigte er an, er werde die „Augias-Ställe der Staatsmacht ausmisten“. Ter-Petrosjan gilt als westorientiert – sein Stab befürchtet jedoch Wahlmanipulationen der von Moskau unterstützten Machthaber in Eriwan.



Anhänger Ter-Petrosjans in Eriwan

KAREN MINASYAN / AFP

PAKISTAN

## Kandidaten-Poker in Islamabad

Um die Bedingungen für ihre Teilnahme an der Parlamentswahl am 8. Januar streiten die rivalisierenden Oppositionsführer Benazir Bhutto und Nawaz Sharif. Bhutto geht es vor allem um einen veränderten Wahlmodus, der ihr bessere Chancen einräumt. Um Manipulationen vorzubeugen, sollen die Wahlkommission personell verändert und die oft regierungsnahen Bürgermeister in der Provinz gegen neutrale Beamte ausgetauscht werden – jedenfalls in der Wahlzeit. Besonders schwer dürfte es Präsident Pervez Musharraf fallen, eine der Hauptforderungen zu erfüllen: Er soll die zu Beginn des Ausnahmezustands suspendierten 37 Richter wieder einsetzen, unter ihnen den Obersten Juristen Iftikhar Chaudhry. Der Staatsoberhaupt hatte am 3. November den Notstand verhängt, um der drohenden Annullierung der Präsidentschaftswahl



Bhutto, Sharif

AKHTAR SOOMRO / NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

durch das Oberste Gericht zuvorzukommen. Die gewiefte Bhutto, die erneut auf das Amt der Premierministerin spekuliert, deutete Flexibilität an: Die Entscheidung über die Rehabilitation der Juristen könne auch noch nach der Wahl getroffen werden, ließ sie wissen. Sie will sich offenbar in jedem Fall am Urnengang beteiligen, obwohl ihre Spitzenkandidatur durch Korruptionsvorwürfe gefährdet ist. Sharif, der wegen einer Vorstrafe nicht kandidieren darf und einen Stellvertreter ins Rennen schicken wird, besteht auf sofortiger Wiedereinstellung der Justizbeamten. Falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden, könnten Bhutto und Sharif als Anführer der beiden großen liberalen Parteien die Straße mobilisieren und die Unruhen in dem instabilen Land anheizen. Dies will Musharraf verhindern.